

GWW lehnt Frankfurter Modell ab, SPD dafür

MIETBEGRENZUNG Geschäftsführer der städtischen Gesellschaft fürchtet „rote Zahlen“

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Gegensätzliche Reaktionen folgen auf den Vorschlag von Oberbürgermeister Sven Gerich und Sozialdezernent Christoph Manjura (beide SPD), die Mieten bei den städtischen Gesellschaften zu deckeln. Hermann Kremer, Geschäftsführer der GWW, fürchtet, die Gesellschaft werde „wirtschaftlich ausbluten und das Unternehmen unweigerlich in die roten Zahlen führen“, wenn die Ein-Prozent-Regel kommen sollte. Wie berichtet hatten beide Sozialdemokraten vorgeschlagen, analog zum Modell in Frankfurt die städtischen Wohnungsgesellschaften dazu zu verpflichten, über einen Zeitraum von zehn Jahren, die Mieten für ihre frei finanzierten Wohnungen jährlich um höchstens ein Prozent zu erhöhen. Die CDU lehnt diese Idee ab.

GWW „viel günstiger“ als andere Gesellschaften

Kremer verweist erneut darauf, dass die GWW nur einen Anteil von 9,1 Prozent aller frei finanzierten Mietwohnungen in Wiesbaden halte. Dass die Mieten steigen, „liegt in erster Linie daran, dass sich die meisten Marktteilnehmer nicht an den Mietspiegel halten“, sagt der GWW-Geschäftsführer. Wie berichtet, hatte OB Gerich allerdings angekündigt, er wolle auch andere Gesellschaften, die nicht in städtischer Hand sind, von dieser Mietpreisbremse überzeugen.

Die jährlichen Überschüsse, so Kremer, basierten auf dem Verkauf von Wohnungen. Niemand könne vorhersagen, wie lange die Nachfrage anhalte. Das Frankfurter Modell sei nicht komplett auf Wiesbaden über-

tragbar. Viele Gesellschaften vermieteten zum Marktwert, die GWW nur zum Mittelwert des Mietspiegels, also viel günstiger. Käme das Modell, entgingen der Gesellschaft jährlich 3,77 Millionen Euro „für die Umsetzung der gewünschten Wachstumsstrategie“. Kremer plädiert, wie die Wiesbadener CDU, für eine Verlängerung von Belegungsbindungen für Sozialwohnungen. Es führe außerdem „kein Weg daran vorbei, den Bau von geförderten Wohnungen zu forcieren“.

SPD: Gewinnerwartungen an Gesellschaft drosseln

Unterstützung für Gerich und Manjura gibt es von SPD und DGB. Parteivorsitzender Dennis Volk-Borowski und Stellvertreterin Patricia Eck, die für den Landtag kandidieren, erinnern daran, dass die Mieten in Wiesbaden in den vergangenen vier Jahren um bis zu 22 Prozent gestiegen seien. Für die Entwicklung des Mietspiegels seien Sozialwohnungen, egal wie lange sie gebunden sind, irrelevant. Sie werden von Gesetzes wegen nicht berücksichtigt, so Volk-Borowski. Und Patricia Eck betont, dass die CDU in Frankfurt das Mietbremsmodell mittrage. Die „vermeintlich ökonomischen“ Argumente der Wiesbadener Christdemokraten seien „Nebelkerzen“. Es sei schließlich Aufgabe der GWW, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen und nicht, Gewinne an die Stadt abzuführen. Im Zweifelsfall müsse man die Gewinnerwartungen der ebenfalls städtischen WVV-Holding an die GWW reduzieren. Der DGB und die Initiativen „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ sowie „WiSozial 2030“ begrüßen die Vorschläge. Sie weisen in die richtige Richtung, seien aber noch zu zaghaft.